



Pressemitteilung

Teilhaberechte der Klimabewegung werden zunehmend beschränkt. Green Legal Spaces Report 2023

Berlin, 01.12.2023

Klimaaktivismus wird in Deutschland zunehmend durch staatliche Repressionen behindert und delegitimiert, zeigt der heute veröffentlichte Bericht ‚Green Legal Spaces Report 2023‘. Der von Green Legal Impact (GLI) mit Unterstützung der Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF), dem Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU) und dem Meacenata Institut erstellte Bericht verdeutlicht anhand einer Vielzahl von Beispielen wie Versammlungsverboten, Polizeigewahrsam oder Strafverfolgung wegen des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung, dass die Klimabewegung in Deutschland unter wachsendem Druck steht. Demokratische Räume, Teilhaberechte und grundrechtlich geschützte Freiheiten werden so auf vielfältige Weise beschnitten. Anlässlich der UN-Klimakonferenz in Dubai möchte der Report auf diese bedenklichen Entwicklungen aufmerksam machen.

„Wir beobachten mit Sorge, dass Klimaaktivist*innen immer stärkeren Repressionen ausgesetzt sind“, sagt GLI-Vorstandsmitglied Dr. Roda Verheyen. „Solange die Regierung durch ihre unzureichende Klimapolitik die Zukunft der jungen Generation aufs Spiel setzt, ist es deren gutes Recht, vehement für die Einhaltung der verfassungs- und völkerrechtlichen Pflichten zu protestieren. Gewaltfreien Klimaprotest zu kriminalisieren, widerspricht der Idee einer freiheitlichen und lebendigen Demokratie. Es untergräbt aber auch Deutschlands Glaubwürdigkeit und den eigenen Anspruch einer klimapolitischen Führungsrolle bei den internationalen Verhandlungen in Dubai.“

„Ich bin zutiefst besorgt, eine derartige Erosion des zivilgesellschaftlichen Raums und Bedrohungen gegen Umweltschützer in Europa und auch in Deutschland, mitzuerleben“ mahnt UN-Sonderberichterstatter Michel Forst in seinem Grußwort. „Versuche, die Stimme von Umweltaktivist*innen zu ersticken, werden die Dringlichkeit zu handeln nicht mindern. Die einzig angemessene Reaktion auf den friedlichen zivilen Ungehorsam ist, zuzuhören, was die Umweltschützer*innen uns zu sagen haben.“

Dieser erste Bericht dient dazu, auf diese bedenklichen Entwicklungen hinzuweisen und für die damit verbundenen Gefahren in einer Demokratie zu sensibilisieren. Er unterstreicht die Notwendigkeit, die Freiräume der klimabewegten Zivilgesellschaft zu schützen und zu verteidigen und bietet eine Grundlage für künftiges Monitoring der Entwicklungen

Der vollständige Bericht ist auf [der Webseite von GLI](#) abrufbar.

Für Rückfragen wenden Sie sich an

Emmanuel Schlichter
schlichter@greenlegal.eu
+49 30 235 9779 66

Philipp Schönberger
schoenberger@greenlegal.eu
+49 30 235 9779 65